



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Tagesordnung I Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 21. September 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-20-0033

Einführung einer Alternative zum Videokonferenzsystem Skype for Business - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

Zu Beginn der Pandemie im März 2020 war auch die Stadt Wiesbaden zur Einführung eines Videokonferenzsystems gefordert, um eine digitale Kommunikation zu ermöglichen. Aus unterschiedlichen Gründen fiel die Entscheidung damals auf Skype for Business. In der Anwendung jedoch stellte sich schnell heraus, dass dieses System nur bedingt für „alle“ praktikabel ist, da nur Teilnehmer*innen, die ebenfalls über Skype for Business verfügen, die Videofunktion nutzen können. Sämtliche anderen Teilnehmer*innen wie Mandatsträger*innen sich jedoch nur per Telefon oder sehr umständlich über ein extra zu installierendes Plug-In dazu schalten können. Die Verbindung allerdings ist schlecht und wird immer wieder unterbrochen. Da sich in den letzten eineinhalb Jahren viele Gespräche wie Fachkooperationsgespräche, Ausschussbesprechungen und Informationsveranstaltungen in den digitalen Raum verlagert haben und ein Ende der Pandemie noch nicht absehbar ist, ist es höchste Zeit ein nutzungsfreundliches und praktikables Videokonferenzsystem anzubieten, das allen Teilnehmer*innen ermöglicht auch mit Video an Besprechungen teilzunehmen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) Wie ist der Sachstand bezüglich der Einführung eines neuen Videokonferenzsystems, das allen Teilnehmer*innen erlaubt per Video an Besprechungen teilzunehmen und so den jetzigen Missstand zu beenden?
- 2) Welche Alternativen zu „Skype for Business“ auf datenschutzrechtliche Probleme geprüft werden und ob dabei auch die Open-Source-Lösung BigBlueButton des Medienzentrums berücksichtigt wird?

Beschluss Nr. 0074

1. Die mündlichen Ausführungen von Herr Kremer (Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2021

Rottloff
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2021

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2021

Dezernat I/15
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister